

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 12. November 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Rufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 131.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Gewerkschaftsrevue: Von der gelben Bewegung. — Neuere Vorgänge in freigewerkschaftlichen Zentralverbänden.

Aus dem Genossenschaftsleben: Die Zerspaltung in der deutschen Genossenschaftsbewegung.

Korrespondenzen: Ulrich. — Darmstadt. — Eberswalde. — Erfurt (W. S.). — Fulda. — Koblenz. — Koburg. — Stendal (W. M.). — Stuttgart (Gr. R.). — Suhl. — Wald (H. H.). — Worms.

Bundschau: Rückgang der Leistungen! — Auch ein Zeichen der Zeit. — Gehilfenprüfung. — Druckerbrand. — Ein eigenartiges Belohnungsaus schreiben. — Unberechtigter Nachdruck. — Neuerung für die Linotype. — Deutsche Buchdruckmaschinen im Ausland. — Eine terroristische Zwangsinnung. — Christliche Dörferlein für die „Christlichen“.

Gesicht der Hauptverwaltung über den Monat September 1912.

Achter Nachtrag zum Verzeichnisse der tarifstreuen Druckerien.

Gewerkschaftsrevue.

Dem aufmerksamen Beobachter aller Vorgänge innerhalb der Arbeiterbewegung wird das starke Anwachsen der gelben Arbeitervereine, die in erster Linie Abwehr- und Kampforganisationen gegen die unabhängige gewerkschaftliche Bewegung sind, nicht entgangen sein. Unter dem Schutz und Schirm des Gesamtverbandes der Metallindustriellen und anderer Scharfmacherkonventikel gedeiht die gelbe Brut um so üppiger, je ungünstiger sich die Lage auf dem Wirtschaftsmarkte gestaltet. In solchen Gewerben, wo von starken Organisationen durch langfristige Tarifverträge für eine Befestigung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch während der Zeit wirtschaftlicher Krisen gesorgt wurde, merkt man von den sogenannten Wirtschaftsfriedlichen verhältnismäßig wenig. Hier will der Weizen der Arbeiterverträge, die jeden Gemeingefühl für die Interessen und Ehre ihres Standes bar. sind, nicht recht blühen. Die Gründe hierfür zu finden dürfte bei einigen Nachdenkern nicht schwer fallen.

Den Gelben aller Schattierungen ist es lediglich darum zu tun, ihre momentanen Vorteile wahrzunehmen. Zu diesem Zwecke verzichten sie auf jedes Selbstbestimmungsrecht, lassen sich von den Unternehmern willig dirigieren und zu Vereinen zusammenschließen. Die verschiedenartige Benennung dieser gelben Vereine als Wertvereine oder vaterländische Arbeitervereine, „Wirtschaftsfriedliche“ usw. ist belanglos, es handelt sich bei allen diesen Gründungen um die gleiche Sorte von Streikbrechervereinen. Das Anwachsen dieser Vöfelgarde des Kapitalismus ist leider ein besorgniserregendes, wenn man sich die Ziffern veranschaulicht, die das Wachstum der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen während eines Jahres ausdrücken. Da finden wir, um nur die hauptsächlichsten Richtungen herauszugreifen, daß die Zunahme der freien Gewerkschaften von 1910 bis 1911 15 Proz. (2017298:2320986) und diejenige der christlichen Gewerkschaften 15,5 Proz. (316115:340957) ausmacht. Die gelben Gewerkschaften dagegen stehen mit einer Zunahme von 33,9 Proz. (121126:162262) an erster Stelle. Wie schon angedeutet, wird die Züchtung der nationalen Arbeitervereine von den einflussreichen Stellen der deutschen Unternehmerorganisationen stark gefördert. Es ist also kein Wunder, daß sich diese Sumpfgelbe der Arbeiterbewegung nicht nur lebenskräftig erhalten, sondern sich sogar stark vermehren. Auf diese Gefahr hinzuweisen, müssen sich alle Gewerkschaften anlegen sein lassen, die freien nicht minder wie die christlichen. Die letzteren werden von der gelben Bewegung besonders stark bedroht, weil zwischen Christen und Gelben unauflösbar äußere und innere Verührungspunkte bestehen. Während die gelbe Bewegung z. B. den Streik grundsätzlich vermisst, betrachten die christlich-nationalen Gewerkschaften den Streik höchstens als das sogenannte letzte Mittel. Das Verhalten der Christlichen im Ruhrreviere hat aber gezeigt, daß man unter Umständen auch bereit ist, die letzte Scheidewand zwischen Christen und Gelben fallen zu lassen, um der „Wirtschaftsfriedlichkeit“ zum vollen Siege zu verhelfen.

Es ist uns indessen bekannt, daß die verräterische Haltung des christlichen Gesamtverbandes beim Bergarbeiterstreik bei weitem nicht die Willigung aller christlichen Arbeiter gefunden hat, und daß die rapide Mitgliederzuflucht in einigen Verbänden auf diese Tatsache zurückzuführen ist. In jüngster Zeit haben mehrere katholische Gesellen- und Arbeitervereine Resolutionen gegen die Gelben angenommen, weil sie die gelbe Be-

wegung als eine Gefahr für die Religion, Sittlichkeit und Vaterlandsliebe ansehen, weshalb ein katholischer Arbeiter keinem gelben Verein angehören dürfe. Dieses Vorgehen hat die Führer der Gelben in Harnisch gebracht, und der „Wertverein“, ihr Organ, bringt in seiner Nummer vom 25. Oktober einen Auszug aus der Enzyklika „Rerum novarum“ des Papstes Leo XIII., nach welcher von diesem allein die Grundzüge der Gelben anerkannt werden. Darin heißt es:

Nicht selten greifen die Arbeiter zu gemeinsamer Arbeitseinstellung, um gegen die Lohnherren einen Zwang auszuüben, wenn ihnen die Anforderungen zu schwer, die Arbeitsdauer zu lang, der Lohnsatz zu gering erscheint. Dies Vorgehen, das in der Gegenwart immer häufiger wird und immer weiteren Umfang annimmt, fordert die öffentliche Gewalt auf, Gegenwehr zu ergreifen; denn die Zustände gereden nicht bloß den Arbeitgebern mitfand den Arbeitern insgemein zum Schaden, sie benachteiligen auch empfindlich Handel und Industrie, überhaupt den öffentlichen Wohlstand.

Zweifellos können sich die Gelben mit Recht auf diesen päpstlichen Erlaß zum Beweise ihrer nahen Verwandtschaft mit den Christlichen berufen. Um so mehr, als ein namhafter christlicher Führer, Johannes Giesberts, die Enzyklika „Rerum novarum“ einst als das Grundgesetz („magna charta“) der christlichen Gewerkschaften bezeichnet hat. Also die gleiche Enzyklika, in der die gemeinsame Arbeitseinstellung, durch die ein Zwang auf die Lohnherren ausgeübt, Lohnherhöhungen oder Verkürzung der Arbeitszeit erkämpft werden sollen, gemißbilligt wird. Die schwanende Haltung der christlichen Gewerkschaften rächt sich auch in der Stellungnahme zu den Gelben bitter. Und dabei sind, wie wir im „Wertvereine“ lesen, gerade in Rheinland und Westfalen, dem Hauptstamme der christlichen Gewerkschaften, in kurzer Zeit nicht weniger als 108 gelbe Wertvereine entstanden. Die neuere Entwicklung scheint im rheinisch-westfälischen Wetterwinkel über die christlichen Gewerkschaften hinwegzugehen.

Mit Halbheiten ist den Gelben gegenüber nichts zu erreichen, das werden die Christlichen bald genug einsehen. Die freien Gewerkschaften haben es dagegen längst erkannt, daß die Züchtung einer gelben Bewegung durch die deutschen Unternehmervereinigungen neben andern Maßnahmen nur darauf hinausläuft, mit den Gewerkschaften den Kampf aufzunehmen. Darum heißt für diese die Parole: Rütten bedingt Gegenrütten. Daß die Kämpfe der Gewerkschaften in der Zukunft nicht nur an Umfang, sondern auch an innerer Bedeutung zunehmen werden, das dürfte wohl vielen Gewerkschaftlern schon zur Erkenntnis gekommen sein.

Vielleicht ist es noch von gewissem Interesse, darauf hinzuweisen, daß die gelbe Bewegung im Jahre 1895 von Frankreich, ihrem Entstehungsland, aus nach Deutschland übergriff. Augsburger Boden zeigte sich als besonders aufnahmefähig für die neue Sumpfpflanze, und dort besteht jetzt noch die „Zentralunterstützungskasse für die nationalen Arbeiter Deutschlands“ im Interesse der gelben Bewegung. Mit der Zeit griffen weiter Industrielle in großen Fabrikkstädten die Idee der zwangsweisen Organisation der Arbeiter im Unternehmerinteresse auf, und einige Riesenunternehmungen, wie die Firmen Siemens & Halske in Berlin und Krupp in Essen, wurden die Hauptträger der gelben Bewegung. Um die Verbreitung der „Grundzüge“ dieser arbeitserfindlichen Bewegung und um die Stärkung ihrer Organisationsmacht sich der Hauptauschuß nationaler Arbeiterverbände besonders „verdient“. Dieser gibt seit 1. Oktober auch eine besondere Korrespondenz „Die Arbeiterbewegung“ heraus, um seine Ziele besser zu fördern. Allein der „Bund deutscher Wertvereine“ zählt zurzeit 75000 Mitglieder. Die Wertvereine fordern von ihren Zwangsmitgliedern den Austritt aus jeder Gewerkschaft, gleichgültig ob eine freie, christlich-nationale oder Hirsch-Dundersche in Betracht kommt. Im allgemeinen existieren die gelben Verbände mehr von Zuschüssen „hoher Öänner der Arbeiter“ und von Zuwendungen der betreffenden Firma als von Beiträgen ihrer Mitglieder. Darauf ist es zurückzuführen, wenn die Leistungen der Mitglieder und die Gegenleistungen an Unterstützungen in argem Mißverhältnisse stehen. So kann beispielsweise ein Mitglied des „Nationalen Arbeitervereins Werl Krupp, Essen“ für den Wertjahresbeitrag von einer Mark beziehen ein Sterbegeld von 75 bis 130 Mk., beim Tode der Frau von 50 bis 80 Mk.,

Militärdienstunterstützung von 3 bis 5 Mk. monatlich, bei militärischen Übungen 1,50 Mk. täglich, Unterstützungen in besonderen Notfällen, Weihnachtsgabe für wirtschaftlich schwächere Mitglieder. Zur Förderung des Sparens werden Prämien verlost, Darlehen werden zinsfrei gegeben und für die Mitglieder, deren Zahl über 6000 beträgt, sind 289 Wohnungen geschaffen oder in Bau begriffen. Eine Wochenzeitung, „Der Wertverein“, erhält jedes Mitglied kostenlos zugestellt. Die Ratserteilung in allen Rechtsfragen und die Vorfertigung von Eingaben erfolgt unentgeltlich. Im übrigen sorgen Jugendabteilungen, Frauengruppen, Turner-, Gesang-, Theaterabteilungen usw. dafür, daß die Geschöpfe, die für eine größere Sicherheit in ihrem Arbeitsverhältnisse Ehre und Befinnung verkaufen, die Forderung von denkenden Menschen nicht zu schwer empfinden.

Von dem Berliner Gewerbegehilfe wurde vor kurzem in einer Klagefache gegen die Firma Siemens & Halske die Frage verneint, ob Beiträge für gelbe Unterstützungsvereine vom Lohn abgezogen werden dürfen. Nach mehr als einjähriger Hinauszögerung dieser wichtigen Entscheidung durch den Vertreter der besagten Firma wurde diese schließlich zur Herauszahlung der einbehaltenen Lohnsumme an den betreffenden Arbeiter verurteilt, weil nach dem eingeholten Gutachten „ein gelber Verein, auch wenn praktisch seine Unterstützungsrichtungen einen großen Teil seiner Tätigkeit ausfüllen und seine Unterstützungsleistungen dem jeweils bedürftigen Mitglied erhebliche Vorteile gewähren, unter sozialwirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht als ausschließliche Einrichtung zur Verbesserung der Lage der Arbeiter angesehen werden kann, wie sie die Auslegung des § 117 der Gewerbeordnung fordert“. Aus dem auch in anderer Beziehung interessanten Gutachten des Privatdozenten an der Universität, Dr. Walter Zimmermann, des Mitverfassers der „Sozialen Praxis“, sei noch folgende bezeichnende Stelle wiedergegeben:

Es ist eine unbegreifliche Tatsache, daß zahlreiche Mitglieder nicht freiwillig den gelben Wertvereinen angehören, sondern nur, einer bitteren Notwendigkeit folgend, die Mitgliedschaft bei ihnen erwerben, während sie innerlich in scharfem Widerspruch zu den Tendenzen dieser Vereine stehen. In einer großen Zahl sogenannter „gelber Betriebe“ werden bei Einstellung von Arbeitern die Mitglieder gelber Organisationen berart bevorzugt, daß es „Nichtgelben“ kaum möglich ist, hier Arbeit zu erhalten, zumal wenn ein gelber Arbeitsnachweis, wie z. B. der von den Siemens-Werken in Berlin lange Zeit unterstützte, die Zulassung neuer Arbeitskräfte mit kontrollieren hilft. Wie weit die Unfreiwilligkeit der Mitgliedschaft bei den gelben Vereinen reicht, mag die Tatsache bezeugen, daß nach Aussagen in einer Wertvereinsterversammlung der hier gerade in Rede stehenden Siemens-Betriebe daselbst im Jahre 1909 unter 6000 Geborgenen etwa 3000—3500 Notgelbe waren, die unter Verleugnung ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit des besseren Fortkommens halber die gelbe Wäsche vorgubanden für ratfam hielten. Das zeugt davon, daß der reine Wohlhabtscharakter dieser Vereine erheblichen Zweifel unter den Arbeitern begegnet.

Diese Tatsachen könnten geeignet sein, unser scharfes Urteil über die Gelben etwas einzuschränken, wenn uns der notwendige Mut der Überzeugung für den Gewerkschaftsgenossen nicht als zu wichtig erscheinen würde. Beim heutigen Stande der Gewerkschaftsbewegung ist es die sittliche Pflicht eines jeden Arbeiters, seine Organisationszugehörigkeit auch unter schwierigen Verhältnissen mit Stolz zu bekennen!

Wenden wir uns nach diesem unerfreulichen Kapitel aus der deutschen Arbeiterbewegung einem andern, erfreulichen zu. Der Deutsche Transportarbeiterverband erreichte mit dem 1. Oktober einen Mitgliederbestand von 221400. Das bedeutet gegenüber dem Bestand am Schlusse des zweiten Quartals eine Zunahme um rund 9000 Mitglieder. Verglichen mit dem Bestand am Schlusse des dritten Vierteljahres 1911 beträgt die Zunahme sogar über 8500 Mitglieder. Gewiß ein schöner Erfolg gewerkschaftlicher Werbearbeit. — Mit dem Näherücken des Winterts des Bauarbeitertarifs werden die Kämpfe im Baugewerbe auf beiden Seiten energischer betrießen. Im Januar wird der Deutsche Bauarbeiterverband seinen Verbandstag abhalten, auf dem über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung

beraten werden wird. Wenn auch dieser neue Unterstützungszeitig im Bauarbeiterverbande nicht einen solchen Ausbau erfahren kann wie in vielen andern Organisationen, so wird die Einrichtung aber doch sicher zu der erhofften Bekämpfung der Fluktuation im Mitgliederstand ihr Ziel beitragen. Ferner dürfte sich die Reform als gutes Mittelzeug erweisen, wenn es beim Ablauf des Tariffs zum Kampf im Baugewerbe kommen sollte. — Auch im Malergewerbe machen sich die Vorbereitungen des Ablaufs des Reichstarifs im Februar 1913 schon jetzt bemerkbar durch starke Mäntungen auf beiden Seiten. Im Verbande der Maler haben die Mitglieder in den letzten Wochen schon allerorts Stellung zum Tarifablauf genommen, betonten, daß angesichts der enormen Lebensmittelerhöhung ein gerechter Ausgleich im Lohn eintreten müßte. Gleichfalls beabsichtigt man, eine Arbeitszeitverkürzung zu fordern. Eine von etwa 20 Wohngebieten besetzte Konferenz fand vor kurzer Zeit in Frankfurt a. M. statt, auf der die einzuschlagende Taktik für einen möglichen Lohnkampf festgelegt wurde. — Auf das Jubiläum seines 25jährigen Bestehens kann in diesem Monate der Verband der Steinseher zurückblicken. Es mag unter den freien Gewerkschaften nicht viele geben, die wie der Steinseherverband in so verhältnismäßig kurzer Zeit alle Stadien des Organisationslebens durchlaufen haben; von der Junggesellenbrüderschaft, dieser Keimzelle gewerkschaftlichen Lebens, bis zur strengen Zentralorganisation. Wie in manchen andern Verbänden, so war die Kampfesfront auch bei den Steinsehern nicht immer nur gegen den natürlichen Feind gerichtet. Die ersten und schwersten Jahre sahen vielmehr in weit höherem Maße den Kampf in den eigenen Reihen. Erwähnt hat sich der Verband der Steinseher tapfer emporgetrieben. Einig und innerlich geehrt steht er heute mit 10706 Mitgliedern in der Reihe der freigewerkschaftlichen Zentralverbände, die ihrem Kampfgenossen Glück wünschen für ferneres Gedeihen.

Überall ist ein Vordringen des Organisationsgedankens wahrzunehmen sowie das Bestreben der Arbeiter, ebenbürtig und gleichberechtigt neben andre Gesellschaftsgruppen zu treten und jede Willkür auszuschalten.

Aus dem Genossenschaftsleben.

Die Zerspaltung in der deutschen Genossenschaftsbewegung.

Es ist kein „Vorrecht“ der deutschen Gewerkschaftsbewegung, zerspaltet zu sein — wenn auch der größte „Spalter“ 2/3 Millionen Mitglieder zählt, so enthält doch die Tatsache der drei bestehenden Gewerkschaftshauptströmungen den logischen Begriff der Zerspaltung, denn dieses „Vorrecht“ könnte ihr von der deutschen Genossenschaftsbewegung mit Erfolg bestritten werden. Auch sie ist in drei Richtungen zerschnitten und bestrebt damit die alte geschichtliche Tatsache, daß der Germane immer aus dem Ganzen Teile zu machen weiß, und wenn es nur der Theorie zuliebe wäre. Der „deutsche Professor“ z. B. enthält nach dieser Richtung einen ganz bestimmten Begriff, der im Französischen durch das Kennwort „Querelles d'Allemand“ bezeichnet ist.

Nicht anders kann die Tatsache bewertet werden, daß neben dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine, der mit einhalb Millionen Mitgliedern von im ganzen zwei Millionen den Kern der deutschen Konsumvereinebewegung umschließt, noch ein Teil derselben im Allgemeinen Verbände deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften ein gebildetes Dasein führt, während ein dritter Teil den „christlichen“ Verband westdeutscher Konsumvereine bildet, um die „Querelles d'Allemand“ evident zu machen. Ein paar Aufbilder von Vereinen, die zu keinem Verbände gehören, geben keinerlei Veranlassung zu einer Betrachtung.

Wenn man einen Vergleich der drei Richtungen der Konsumvereinebewegung ziehen will, der organisatorisch — also nach Größe oder Umfang wie nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit — ohne weiteres zugunsten des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ausfällt, so muß man schon mehr nach den Lebensäußerungen auf den einzelnen Genossenschaftstagen gehen.

Vom Zentralverbande weiß man, daß er die Konsequenzen der genossenschaftlichen Wirtschaftsorganisation grundsätzlich und restlos anerkennt und die Entwicklung der ihm angeschlossenen Genossenschaften nach dieser Richtung beeinflusst. Es ist eine ganz natürliche Gravitation zur Gemeinschaft, die dem Wesen der Genossenschaftsbewegung vollkommen entspricht und ihm allein gerecht wird. Oberstes Prinzip ist dabei das in jedem Betracht wirtschaftlich Zweckmäßige im technischen wie im ökonomischen Betriebe. Im ganzen: gesunde Volkswirtschaft im Sinne einer rationelleren Verwertung der gesellschaftlichen (Konsum), technischen und ökonomischen Kräfte. Alle jährlichen Tagungen des Zentralverbandes haben das bewiesen.

Anders der Teil im Allgemeinen Verbände deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Rät man die Tatsache ganz außer acht, daß dieser Verband durch die Ausbreitung von 100 Konsumvereinen aus seinen Reihen, weil sie sich „sozialistischer“ Tendenzen verdächtig gemacht haben sollen, die eigentliche Schuld an der Zerspaltung im deutschen Konsumvereinswesen trägt, so sieht man bei seinen Tagungen auf einen Geist, der dem soeben gekennzeichneten Wesen der Genossenschaftsbewegung, ja jedem Einzelbegriff einer Genossenschaft widerspricht. Was zu beweisen ist. Ein Blick auf den diesjährigen Genossenschaftstag des Allge-

meinen Verbandes, welcher in München abgehalten wurde, genügt vollkommen. Diese Tagung ist zerlegt in Verhandlungen der einzelnen Genossenschaftsarten, die im Verbande vereinigt sind.

Es ist nun nicht ohne Interesse, zunächst die Stellung des Verbandes zu den Baugenossenschaften kennen zu lernen, denn diese stehen ja den Konsumgenossenschaften am nächsten. Es ist eigentlich nur eine Spezialart von Konsumgenossenschaft, und der Begriff der Wohnungskonsumenten (Mieter) ist ein logischer. Zur Kenntnisnahme der Stellung des Verbandes genügt es, die Ziffer 1 einer in der Baugenossenschaftsfrage angenommenen Resolution hierherzusetzen. Sie lautet:

Der allgemeine Genossenschaftstag hält an dem Beschlusse des allgemeinen Genossenschaftstags zu Wetzlar fest, daß nur dort die Gründung gemeinnütziger Baugenossenschaften empfohlen werden kann, wo offenkundiger Mangel an Kleinwohnungen herrscht. Es ist nicht Aufgabe der Baugenossenschaften, die private Bauwirtschaft lahmzulegen, vielmehr wollen sie an der Befriedigung des Wohnungsmarktes mitarbeiten.

Das ist so deutlich, daß man die weiteren erläuternden Absätze der Resolution sich sparen kann. Die soziale und hygienische, ja, noch mehr die volkswirtschaftliche Bedeutung der Baugenossenschaften erfährt hier eine Einschränkung, die im schroffen Widerspruch mit dem Wesen der Genossenschaften überhaupt steht. Ist die Baugenossenschaft technisch und ökonomisch dem privaten Baubetrieb überlegen, so gibt es vom Standpunkt einer gesunden Volkswirtschaft kein „nur dort“ als Rotbettel, sondern ihre grundsätzliche Anwendung, wo immer es möglich ist. Denn nicht die private Bauwirtschaft oder ihre Ungünstigkeit ist das volkswirtschaftlich ausschlaggebende, sondern die ökonomische Überlegenheit und das Bedürfnis der Wohnungskonsumenten.

In der gleichen Weise wurde auch die Eigenproduktion der Konsumvereine behandelt. Diese soll nach der gefaßten Resolution unter Voraussetzung genügender Rentabilität, was ja selbstverständlich ist, sich mit der Erzeugung nur solcher Artikel befassen, in denen die Konsumvereine bisher den für die Eigenproduktion nötigen Umsatz gehabt haben. Das ist wiederum eine Einschränkung, die dem volkswirtschaftlichen Charakter des Genossenschaftswesens vollkommen widerspricht. Ad exemplum: Die allermeisten Konsumvereine führen keine Schuhwaren. Zur Eigenproduktion darf deshalb nicht geschritten werden, weil „sie bisher den für die Eigenproduktion nötigen Umsatz“ in diesem Artikel nicht gehabt haben. Umgekehrt wird natürlich — in des Wortes peremptorischer Bedeutung — ein Schuß daraus. Denn das Bedürfnis (an Stelle des Umsatzes im Verein) ist doch vorhanden, inwiefern die Konsumvereinsmitglieder nicht barfuß auf einen heiligen Crispinus warten können, der ihnen das Leder für das nötige Schuhzeug durch Stehen beschafft. So kann, wird oder muß es kommen, daß eine genossenschaftliche Schuhfabrik errichtet wird, auch wenn der für die Eigenproduktion nötige Umsatz im Vereine nicht vorhanden ist. Wobei nur noch zu bemerken ist, daß eine solche Schuhfabrik nicht Sache eines einzelnen Vereins sein könnte, sondern Sache der zentralisierten Eigenproduktion. Wie es in England und neuestens in der Schweiz tatsächlich der Fall ist.

Die Erklärung für diese widerspruchsvolle Haltung des Allgemeinen Verbandes — widerspruchsvoll gegen das Wesen der Genossenschaften selbst! — ist in einer Resolution zu finden, die derselbe Genossenschaftstag in ausgleichender Vermittlungstätigkeit zwischen Kapitalismus und — Mittelstand gefaßt hat und die lautet:

Gegenüber dem stetig wachsenden Einflusse des modernen Kapitalismus, der die Kluft zwischen den auseinanderstrebenden Elementen der menschlichen Gesellschaft — den begüterten und den besitzlosen Klassen — immer mehr erweitert, die bestehenden sozialen Gegensätze verschärft und weite Kreise des gewerblichen Mittelstandes in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht, betont der allgemeine Genossenschaftstag aus neuer die hohe Bedeutung der den deutschen Genossenschaften von Schulgelehrten zahlreicher, in ihrer Vereinigung schwächer Kräfte machtvolle wirtschaftliche Einheiten zu organisieren und diese unter gewissenhafter Beobachtung der in mehr als fünfzigjähriger Praxis erprobten genossenschaftlichen Grundsätze so auszubauen, daß sie allen denen, die sich schuschend unter dem bewährten Banner der Selbsthilfe und Solidarität vereinigen, in dem Streben nach Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Selbstständigkeit ebenso wirksamen als dauernden Beistand zu leisten vermögen.

Auch das ist klar und deutlich: das Wesen der Genossenschaften erschöpft sich im Allgemeinen Verband in genossenschaftlicher — Mittelstandskretterei! Dabei mag gleich betont werden, daß gegen die Sicherung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit durch genossenschaftliche Betätigung auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nicht das mindeste zu sagen ist. Im Gegenteil. Aber die gängliche Ausfaltung des Konsumenteninteresses in dieser Generalresolution in Verbindung mit den die Tätigkeit der Baugenossenschaften und Konsumvereine stark einschränkenden Sätzen der beiden Spezialresolutionen zeigt jenen engen, kleinlichen Gesichtspunkt, der mit dem Ausschusse von 100 Konsumvereinen aus dem Allgemeinen Verbände — der Tag von Kreuznach brachte die Kreuz nach! — seine erste praktische Betätigung erfährt hat.

So steht in ideeller wie grundsätzlicher Beziehung der Allgemeine Verband in direktem Gegensatz nicht nur zum Zentralverbande deutscher Konsumvereine, sondern auch zum Wesen der Genossenschaften als einer allgemeinen volkswirtschaftlichen Potenz im direkten Widerspruch. Seine genossenschaftliche Mittelstandskretterei ist die Ursache der Stagnation seines linken Flügels der ihm noch angehörenden Konsumvereine, die etwa 300000 Mitglieder zählen. Wie lange es unter diesen Umständen noch die Baugenossenschaften im Allgemeinen Verband ausfallen, ist eine Frage, die vielleicht schon der erste in Düsseldorf stattfindende allgemeine deutsche Bauvereinstag zu lösen sich anschicken wird. Wenn nicht dieser, so sicherlich ein späterer, denn dazu zwingt der Standpunkt des Allgemeinen Verbandes. Quod erat demonstrandum.

Was den „christlichen“ Verband westdeutscher Konsumvereine anbelangt, so zeigt schon das Epitheton „christlich“, was Geistes Kind dieser Verband ist. Er treibt echt „christliche“ Bepflüsterungsarbeit, wie man sie in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zur Genüge kennen gelernt hat. Was im ober am deutschen Konsumvereinswesen christlich oder nichtchristlich sein kann oder soll, das mögen die Götter wissen oder Herr Peter Schlad, der Nachfolger des „christlichen“ Konsumvereinsverbandes; der sich auf dem „christlichen“ Gewerkschaftskongreß in Dresden erst kürzlich eine Resolution bestellte, die seinem Verbände das Wasser auf die Mühlen liefern soll? Dieselbe lautet:

Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist eine Notwendigkeit und Ergänzung der Berufsorganisationen. Während letztere eine Erhöhung des Einkommens ihrer Mitglieder anstreben, hat erstere den Zweck, das Einkommen kaufkräftiger zu gestalten. Die Förderung der Konsumgenossenschaftsbewegung ist besonders für die Arbeiterklasse bei der jetzigen Zeit der Teuerung aller Lebensmittel und Wirtschaftsbedürfnisse eine unabwiesbare Notwendigkeit geworden. Des weiteren zwingt auch die Arbeiterklasse zur regen Teilnahme an der Konsumgenossenschaftsbewegung das lebhafteste Bestreben des privaten Kapitals, auf allen Gebieten Preismonopolien zu errichten. Nur durch den Einfluß der Konsumgenossenschaften sind solche Monopolbestrebungen auf dem Gebiete der Lebensmittelverteilung hintanzuhalten. Auf Grund dieser Erwägungen empfiehlt der christliche Gewerkschaftskongreß allen Mitgliedern der angeschlossenen Verbände, den Konsumgenossenschaften als Mitglied beizutreten.

Der Kongreß erklärt es für selbstverständlich, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nur solchen Konsumvereinen angehören und beitreten, die einem Verbande angeschlossen sind, der für die Neutralität auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete die vollste Gewähr bietet. Als solche bezeichnet der Kongreß den Verband westdeutscher Konsumvereinsmitglieder in Rhein. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine Hamburg kann als solcher schon wegen der engen Koalition mit der sozialdemokratischen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei nicht in Frage kommen.

So anerkennt man die grundsätzliche Fixierung der Bedeutung des Konsumvereinswesens im ersten Absätze der Resolution ist, der immer noch nachdrücklich abtritt gegen die Haltung des Allgemeinen Verbandes, so verurteilenswert ist die demagogische Zerspaltungsschicht im zweiten Absätze. Insbesondere hat man sich für den obigen Schlußsatz jeden Beweis geschenkt, der natürlich auch nach keiner Richtung hin geführt werden kann, da im Gegenteil bekannt genug ist, wie die Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine die parteipolitische Neutralität des Verbandes peinlich wahr und deshalb häufig genug von sozialdemokratischer Seite aufs schärfste angegriffen wird. Oder sollte am Ende gar das „sozialdemokratische“ in dem Abschlusse von Tarifverträgen mit den freien Gewerkschaften oder in der Errichtung der „Volkshilfe“ zu finden sein? Das wäre eine schöne Arbeiter- und Sozialpolitik der „Allerchristlichsten“. Ganz abgesehen davon, daß mit diesen Dingen wohl der Zentralverband und die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie aber nichts zu tun hat.

Korrespondenzen.

Münch. Die Versammlung des hiesigen Ortsvereins am 27. Oktober war gut besucht. Gauvorsteher Oßfeld (Bremen) wollte in unsrer Mitte, um über die Gauvorsteherkonferenz Bericht zu erstatten. Eingehend schilderte er in andertausendförmigen Referate die Maßnahmen und Beschlüsse der Konferenz, am Schlusse regen Beifall erntend. Nach einer kurzen Diskussion erklärte sich die Versammlung mit den Ausführungen vollständig einverstanden. Später verlebten wir noch einige gemütliche Stunden in urwilder Stimmung.

Darstadt. Die Bezirksversammlung am 21. Oktober im „Gewerkschaftshause“ war von 80 Kollegen besucht. Ein Kollege wurde neu aufgenommen. Sodann erhielt Gauvorsteher Fuhs (Mannheim) das Wort zu seinem Berichte von der Gauvorsteherkonferenz. Redner berichtete in eingehender Weise über die gegenwärtige Situation im Gewerbe, schilderte die tarifrechtlichen Bestimmungen der Gegner der Tarifgemeinschaft im Prinzipalslager, die nicht danach angetan seien, den Frieden im Gewerbe zu sichern. Auch brachte er die der gegenwärtigen Situation entsprechend getroffenen Maßnahmen

der Gauvorsteherkonferenz zur Kenntnis. Redner warnte dann noch die einzelnen Sparten, sich nicht allzuweit von der gesamten Organisation zu trennen, um das Gesamtinteresse nicht zu gefährden. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Häfner und Groß. Doch waren auch diese beiden im großen und ganzen mit dem Resultate der Gauvorsteherkonferenz einverstanden. Nachdem der Redner in seinem Schlussworte die kleinen Unstimmigkeiten erläutert hatte, wurde ihm vom Vorsitzenden der Dank für den äußerst wichtigen Vortrag ausgesprochen. Der Vorsitzende machte die Versammlung noch darauf aufmerksam, daß man nur durch eine geschlossene Organisation allen Hindernissen erfolgreich entgegenzutreten könne. Zu Ehren der auswärtigen Kollegen, welche am 27. Oktober die Ausstellung „Der Mensch“ besuchten, wurde eine Feier im „Gewerkschaftshaus“ veranstaltet.

Gerswalde. Am 20. Oktober tagte in der alten Puffenstadt Bernau (Märk) unsere diesjährige Herbstbezirksversammlung. Der Besuch war ein wenig befriedigender; von 176 im Bezirke vorhandenen Mitgliedern waren nur 82 erschienen. Dem Geschäftsberichte des Vorsitzenden Rabener war zu entnehmen, daß unsere Organisation jetzt auch in den kleinsten Orten des Bezirks Fuß fassen konnte. Nur in Wriezen a. O. „schaffen“ noch sieben oder acht Kollegen (größtenteils Verheiratete) für den horrenden Lohn von 20 bis 24 Mk. Der Gau sowie Bezirksvorstand hat sich der dortigen Kollegen bereits angenommen; da auch die Kollegen der einen Druckerei bereit sind, für den Tarif einzutreten, hoffen wir, auf der nächsten Bezirksversammlung einen „Ortsverein Wriezen“ begründen zu können. Den Kasienbericht gab Kollege Heinrich, der u. a. auf die außergewöhnlich große Arbeitslosigkeit in diesem Jahre hinwies. Das peinlich genaue und gewissenhafte Arbeiten des Bezirkskassierers wurde dankbar anerkannt und dem Kollegen Heinrich Döhrgebe erteilt. Als Bezirksvorstand wurde der das Amt bisher provisorisch verwaltende Kollege Rabener gewählt. Die übrigen Vorstandsmitglieder blieben auf ihren Posten. Im Vorbergrunde der Tagesordnung stand der Vortrag unseres Gauvorstehers Spanna: „Die berufliche Lage unter Bezugnahme auf die letzte Gauvorsteherkonferenz“. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage schloß sich eine rege Diskussion an, in welcher der von der Konferenz eingenommene Standpunkt allgemein als richtig anerkannt und begrüßt wurde. In einem Antrag Gerswalde wurde die Bezirksversammlung ersucht, zu der allgemeinen Lebensmittelsteuerung Stellung zu nehmen. Nach einigen Erklärungen des Gauvorstehers wurde der Antrag durch Übergang zur Tagesordnung erledigt. Eine Resolution wurde abgelehnt. Die nächste Versammlung findet in Papevald statt.

W. Erfurt. (Maschinenfeger.) Am 20. Oktober fand hier ein vom Vorstand unserer Gauvereinsleitung geleitetes Bezirksversammlung statt, die von den Kollegen Chr. Hoffmann geleitet wurde. Nach Begrüßung des Kollegen Stange als Vertreter des Bezirks- und Ortsvorstandes sprach Kollege Hoffmann über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Ist die Maschinenfegerorganisation nötig?“ Redner schilderte die zum Teil auch durch den „Korr.“ bekannte Situation in unserm Gewerbe: die schmerzhaften Bestrebungen bestimmter Prinzipalstreife, die Gründung der Vereinigung der Segmaschinenbesitzer, speziell gegen die Maschinenfeger, und folgerte daraus wie aus anderen Gründen als unbedingte Konsequenz den ebenso festen Zusammenschluß aller Spezialkollegen. Die Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Eine eifrige Diskussion setzte darauf ein. Nachdem die anwesenden Kollegen sich der Vereinigung wieder resp. neuanschlossen, vollzog man die Wahl des Vorstandes. Die Mitteilungen aus dem Gau und den Orten des Bezirks sowie die Punkte „Technisches“ und „Tarifliches“ nahmen einen großen Teil Zeit in Anspruch. Mit einem Hoch auf die Vereinigung wurde die Versammlung geschlossen. — Die Kollegen verbrachten den Nachmittag bis zur Abfahrt der auswärtigen Kollegen in gemütlichem Besamensein.

Fulda. In der Monatsversammlung vom 26. Oktober waren von 84 Mitgliedern 32 anwesend; eine unrichtliche Ausnahme machten nur zwei notorische Versammlungsschwänzer. War es uns doch vergönnt, wieder einmal nach 14 Jahren unsern Gauvorsteher Dominé (Frankfurt a. M.) in unser Mitte begrüßen zu können, der uns ein Referat über die gegenwärtige Lage im Gewerbe erstattete. In berechneten Worten schilderte der Referent den Verlauf der letzten Gauvorsteherkonferenz, brachte die Vorstandsbeschlüsse betreffend Wänderung zum Statute sowie die Resolution der Konferenz zur Kenntnis, ging näher ein auf das Verhalten der Prinzipale in Rheinland-Westfalen, beleuchtete kritisch das unchristliche Treiben des Gutenbergsbundes und erwähnte zum Schluß die Kollegen, sich durch unsere Gegner nicht irren machen zu lassen, namentlich nicht von Seiten, die unserm Berufe fernstehen. Lebhafter Beifall war der Dank für die anderthalbstündigen trefflichen Ausführungen. In der Diskussion erklärten sich Vorsitzender Gillebrand und Kollege van der Weulen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Eine Resolution, nach welcher die Versammlung ihr Einverständnis mit dem Referenten ausdrückt, wurde angenommen. In dieser Resolution wird den Führern unseres Verbandes volles Vertrauen entgegengebracht, gegen die unnohe Agitation des Gutenbergsbundes protestiert und nachdrücklichst Warnung eingelegt gegen die Gemischnung von Leuten, die unserm Berufe gänzlich fernstehen. Ferner wird die Hoffnung ausgesprochen, daß

alle Kollegen mitarbeiten möchten an dem Weiterempobliche unserer Organisation. Im Laufe des Winterhalbjahrs soll in jeder Monatsversammlung ein Referat erstattet werden; in der Novemberversammlung ein solches über „Tarif und Tarifgemeinschaft“.

Koblenz. Unsere Monatsversammlung am 26. Oktober war erfreulicherweise gut besucht. Den Anlaß hierzu gab u. a. der von unserm Vorsitzenden Neu erstattete Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz, worin er das scharfmacherische Treiben der rheinisch-westfälischen Prinzipale, das in Breslau und in Düsseldorf deutlich zu Tage trat, schilderte. Des weiteren gab der Vorsitzende Bericht über die Reform der Unterzweigeweise zugunsten der älteren Kollegen. In seinem Schlusswort erwähnte er die Kollegen zu regem Versammlungsbesuche. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen. — Unter Übertritt von Verbandsmitgliedern zum Gutenbergsbunde“ berichtet der „Typograph“ in seiner Agitationsnummer vom 4. Oktober, daß zwei Verbandsmitglieder in Koblenz aus dem Verband aus- und in den Gutenbergsbund eingetreten seien. Im die Sache schmacherhaft zu machen, werden sogar die Anfangsbuchstaben der Übergetretenen veröffentlicht. Dem „wahrheitsgetreuen“ „Typ.“-Redakteur sei aber hiermit versichert, daß bei uns in Koblenz trotz der schändlichen Agitation der Bündler bis jetzt noch keine Verbandsmitglieder zum Bund übergetreten sind. Man rechnet anscheinend die Stadt Udenach zu Koblenz, obwohl sie etwa 20 km von hier entfernt ist; denn dort war es dem Gutenbergsbunde möglich, zwei neue Mitglieder zu ergattern. Wie und was für neue Mitglieder der Gutenbergsbund damit erwirkt hat, darüber will ich die Kollegen kurz aufklären. Daß unser früheres Mitglied H. Sch. in Udenach aus dem Verband ausgetreten ist, beruht ja auf Tatsache; doch hatten wir damit schon längere Zeit gerechnet, denn Sch. war dafür zu wenig Verbandsmitglied, um der Agitation für den Gutenbergsbund innerhalb des katholischen Arbeitervereins Udenach, dessen Mitglied Sch. ist, standzuhalten. Auch hat der christliche Arbeitersekretär Rademacher von Koblenz seinen Teil zu dem Übertritte beigetragen, denn auch er treibt Agitation für den Gutenbergsbund und versendet sogar persönliche Einladungen an katholische Verbandsmitglieder zu Bündlerversammlungen und Zusammenkünften. Daß gerade Sch. von dieser Seite bearbeitet worden ist, hat er uns selbst eingestanden. Den angeleglichen freiwilligen Übertritt des Verbandsmitgliedes R. W. in den Gutenbergsbund will ich hiermit aufklären, da er den Tatsachen widerspricht. Karl Brüder aus Udenach war bis vor einiger Zeit Verbandsmitglied und wurde wegen Resten ausgeschlossen. Was für ein „treues“ Mitglied Dr. war, beweist die Tatsache, daß in verschiedenen Bezirksversammlungen über seinen Ausschluß verhandelt wurde, da er er selbst nicht einer großen Anzahl Resten angehörte, sondern nur ein Extrantersmitglied war, welches beim Gauvorstande beantragt sollte, da er durch Familienverhältnisse seinen Verpflichtungen nicht nachkommen könne. Es wurde Dr. dann eine Extrantersmitgliedschaft bewilligt mit der Bedingung, daß er erst seine Reste begleichen müsse, was er dann auch durch einen Voranschlag bei seinem Prinzipale fertig brachte. Kurz nachher ließ Dr. wieder mit seinen Beiträgen im Rückstande. Vom Vorstand des Ortsvereins Udenach wurde er darauf aufmerksam gemacht, seine Reste bis zu einem bestimmten Termine zu bezahlen, da er sonst laut Beschluß der Ortsversammlung ausgeschlossen sei. Dr. ließ aber nichts von sich hören, so daß sein Ausschluß aus dem Verbandsverbande fest wurde. Es ist geradezu lächerlich, daß er später schriftlich seinen Austritt aus dem Verband erklärte. Trotz seines Ausschlusses hat Dr. ein gutes Geschäft gemacht, denn er wurde am 23. Juni 1907 in Gms in den Verband aufgenommen und hat bis zu seinem Ausschlusse 257 Beiträge geleistet und im Gutenbergsbunde werden ihm laut „Typ.“ 320 Beiträge angerechnet. Hat nun Dr. den Gutenbergsbund beschwindelt, oder beschwindelt der „Typ.“ seine Leser? Wir beglückwünschen den Gutenbergsbund zu diesem neuen „treuen Mitgliede“, denn er ist bestimmt aus innerster Überzeugung, gleich den bekannten Rimbürger „Männern“, in den Bund eingetreten. So sehen die angegebenen Übertritte in Koblenz in Wirklichkeit aus. W. Neu.

Roburg. In einer außerordentlichen Bezirksversammlung am 27. Oktober in Hilburgshausen, die sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen hatte, referierte unser Gauvorsteher Dr. (Weimar) über die Gauvorsteherkonferenz. Die dort gefaßten Beschlüsse und Vorschläge für die Generalversammlung fanden die Zustimmung der Versammlung. Es wurde eine Resolution in diesem Sinne einstimmig angenommen. Die übrigen Punkte der sehr anregend verlaufenen Versammlung waren interner Natur. Die nächste Bezirksversammlung findet wiederum in Hilburgshausen statt.

Stendal. (Maschinenmeisterverein.) Die letzte Versammlung unseres im vorigen Jahre gegründeten Vereins fand am 23. Oktober statt. Vorsitzender Nickel gab den Jahresbericht, aus welchem hervorging, daß alles getan wurde, um die Weiterbildung der Kollegen trotz des kleinen Kasienbestandes zu fördern. Besonders hervorzuheben ist der Vortrag des Kollegen Hefler (Berlin) von der Zentralkommission über „Anlageapparate“. Außer diversen anderen technischen Besprechungen fand auch eine Besichtigung der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke statt. Ferner sprach der Vorsitzende über die Vorstandskonferenz in Leipzig. Zur Aufnahme hatten sich sechs Kollegen gemeldet, so daß nunmehr 17 Kollegen unserer Vereinigung angehören. Der Versammlungs-

Besuch ist ein guter zu nennen. Nachdem noch einige berufliche Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, im kommenden Jahre sich recht rege an den Veranstaltungen des Vereins zu beteiligen.

Stuttgart. (Graphischer Klub.) Eine ebenso einbruchsvolle wie für das hiesige Buchdruckerleben wichtige Veranstaltung fand am 20. Oktober statt: die Eröffnung des neuen Vereinslokals des Graphischen Klubs Stuttgart, des „Buchgewerbesaals Stuttgart“. Im Mittelpunkt der Stadt gelegen, in dem für Volksbildungszwecke erbauten Gustav-Siegler-Hause, geschaffen von dem genannten Verein als Zentralpunkt für das berufliche Vereinsleben in Stuttgart, soll das Lokal eine Stätte bilden für die vorwärtsstrebende Gehilfenschaft, zur Abhaltung von Kursen, Vorträgen usw. In zweckmäßiger Weise ist darin eine Reihe von schönen Ausstellungs-schänken mit Probekunden der Schriftgießereien, FarbenprobenderFarbenfabriken, Papieren der Papierfabriken usw. untergebracht, die es ermöglichen, einen umfassenden Überblick über diese Erzeugnisse zu gewinnen und das für den jeweiligen Zweck Passende herauszufinden. Uns ständige Aussteller seien folgende Firmen genannt: die Schriftgießerei Bauer & Co., Utiengeseilschaft für Schriftgießerei und Maschinenbau, Bauersche Gießerei, Ferd. Hlinch, Gensjch & Heyse, Heint. Hoffmeister, Julius Klinkhardt, Ludwig & Mayer, D. Stempel & Co., C. E. Weber; die Farbenfabriken Berger & Wirtz, C. Z. Weitsmann, Christ. Hofmann-Steinbergische Farbenfabriken, Gebr. Jänecke & Fr. Schneemann, Kraft & Ehinger, D. Böhmsohn & Co., Gebr. Schmidt; die Papierfabriken O. Fider, Minkner Tapeten- und Wundpapierfabrik, Friedr. Fischer (G. m. b. H.), Ed. Döfl, Vert. Siegmund & Co., G. F. Smith & Son, Neue Papiermanufaktur Straßburg, Erste deutsche Kunstdruckpapierfabrik C. Scheufler. Die Anordnung der Tische ist so getroffen, daß sie als Schreib- und Zeichentische und aufgetupft als Ausstellungstische dienen können. Die ganze Einrichtung zeugt von einem praktischen Blicke für die Erfordernisse des Berufs. Zur Eröffnung hatte sich eine nach mehreren Hunderten zählende Zuhörerschaft im Vortragssaale des Saales eingefunden, darunter Vertreter staatlicher und städtischer Behörden, Träger von im graphischen Gewerbe bestens bekannten Namen usw. Der vom Singchor des Gutenbergsvereins stimmungsvooll vorgetragene Chor „O Schaugeist alles Schönen“ leitete die Feier ein, worauf der Vorsitzende des Graphischen Klubs, Kollege W. G. Schenbacher, in kurzen Zügen eine Darstellung des bisherigen Wirkens und Schaffens des Vereins gab. Nach 32-jährigem, manchmal recht mühseligem und arbeitsvollem Ringen sei nunmehr ein gewisses Ziel erreicht: ein eigenes, schönes Vereinslokal. Als Festredner war Herr Professor Schiller von der königlichen Kunstgewerbeschule gewonnen worden, der über das Thema: „Natur und Geschichte des Buchdrucks“ sprach. Es würde zu weit führen, die ebenfalls gehaltenen vollsten Ausführungen des Redners hier auch nur andeutungsweise wiederzugeben; wir verweisen die Kollegenchaft auf den in einer der nächsten Nummern der „Typographischen Mitteilungen“ ersolgenden vollständigen Abdruck. Nachmals ließen alsdann die Sänger ihre Stimmen erschallen in dem Choral aus der IV. Säkularfeier der Buchdruckerkunst. Dann wurde das bereits beschriebene Lokal besichtigt, das allgemeine Anerkennung fand. Als besondere Ausstellung lag eine umfangreiche Sammlung Stuttgarter Druckfaden aus, die von den Firmen Christliches Verlagshaus, W. Banz, Erben, J. H. W. Dieb, Deutsche Verlagsanstalt, R. Oringner, Hoffmannsche Buchdruckerei, „Neues Tagblatt“, „Schwäbischer Merkur“, Stähle & Friedel, Stuttgarter Vereinsdruckerei, Verlag für Volkskunst R. Keutel, Union Deutsche Verlags-gesellschaft zur Verfügung gestellt waren. Über alle Gebiete der graphischen Kunst erstreckten sich die Ausstellungsgegenstände und boten einen vorzüglichen Beweis dafür, wach hohen Stand die Buchdruckerkunst in Stuttgart einnimmt. Um eine eingehende Besichtigung der Ausstellung zu ermöglichen, blieb sie die ganze Woche vom 20. bis 28. Oktober geöffnet. Nahezu somit die Eröffnungsfeste einen guten Verlauf, so kann man zum Schluß wohl sagen, daß der Graphische Klub Stuttgart mit der Einrichtung des „Buchgewerbesaals Stuttgart“ etwas geschaffen hat, das von dem Ernst und Eifer, mit dem hier die berufliche Fortbildung gepflegt wird, ein bereites Zeugnis ablegt. Allen vorübergehend nach Stuttgart kommenden Kollegen sei der Besuch dieses Lokals, den hier festhalten aber der Beitritt zum Graphischen Klub bestens empfohlen.

Suhl. In einer am 20. Oktober hier abgehaltenen außerordentlichen Versammlung erstattete unser Bezirksvorstand Stange (Erfurt) in fünfviertelstündigen Ausführungen Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz in Weimar. Der Redner erläuterte die gegenwärtige gewerkschaftliche Lage, dabei besonders auf das scharfmacherische Treiben einzelner Prinzipale in unserm Gewerbe hinweisend und erklärte sodann die beantragten Änderungen in den Beschlüssen des Vorstandes. Besonders Interesse erweckten seine Ausführungen betreffend die Neueinteilung der Bezirke in unserm Gau. Zum Schluß erwähnte Kollege Stange die Anwesenden, sich stets rege am Verbandsleben zu beteiligen. Nach kurzer Diskussion wurde die sehr anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Wald (Hildb.). Unsere letzte Monatsversammlung fand am 13. Oktober statt und war von 37 Kollegen besucht (bei einer Mitgliederzahl von etwa 85 noch keineswegs befriedigend). Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten konnten wir wieder einen Kollegen

in unsere Reihen aufnehmen, während das Aufnahmefestgesetz eines zweiten Kollegen bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt werden mußte. Ausgeschlossen wurden zwei Mitglieder wegen Fests. Falls die hier mit Fests abgereisten Seher Franz, Klein und Brüttel ihren Verpflichtungen bis zur nächsten Versammlung nicht nachkommen, sollen diese ebenfalls zum Ausschlusse gestellt werden. An Stelle eines ausgeschiedenen Kassenscheifers wurde eine Neuwahl vorgenommen, desgleichen für den zweiten Gewerkschaftsbelegierten. Nach dem Kassenscheifer hatte unsere Ortskassa einen Bestand von 388,20 M., wovon 300 M. zinsbar angelegt sind. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Entlassung erteilt. Sodann erstattete der Vorsitzende den Bericht von der Vertrauensmännerziehung in Elberfeld. Die Versammlung erklärte sich mit den von der Gewerkschaftskonferenz gefaßten Beschlüssen einverstanden.

H. Worms. In der am 19. Oktober stattgehabten Bezirksversammlung erstattete Kollege Friedrich in Vertretung des Kassierers den Kassensbericht pro drittes Quartal, der einen Vermögensstand von 815 M. nachwies, ein Zeichen für die vortreffliche Leitung unserer Kasse. Nach Erledigung einer internen Angelegenheit, die längere Zeit in Anspruch nahm, wurde beschloffen, nach den unliebsamen Erfahrungen der letzten Jahre von einem Wintervergütigen in diesem Jahr Abstand zu nehmen. Auf Antrag eines Kollegen wurde einem langgehegten Wunsche Rechnung getragen, indem vom 1. Januar ab Quittungstarten für geleistete Beiträge eingeführt werden, was im Interesse einer glatten Abwicklung der Kassengeschäfte sehr zu begrüßen ist.

Rundschau.

Rückgang der Leistungen. Infolge Verkaufs der Buchdruckerei der „Saar- und Wieszeitung“ in Neunkirchen wurden dem Personale die bisher gewährten Ferien entzogen. Es ist also hier der Fall zu verzeichnen, daß ohne den Versuch zu machen und abzuwarten, ob die Rentabilität der Druckerei nicht in anderer Weise zu heben sei, einfach den Gehilfen Vergünstigungen entzogen wurden, die zweifellos von dem bisherigen Inhaber der Druckerei nur deshalb gewährt worden sind, weil er mit den Leistungen des Personals zufrieden war. Daß diese Art der neuen Geschäftsleitung, sich bei den Gehilfen einzuführen, deren Geschäftsinteresse sonderlich lebendig ist, ist ebenfalls wohl sehr zu begründen. — Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch gegenüber verschiedenen sehr verirrten Äußerungen aus Prinzipalstücken in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ über unsere seit längerer Zeit erfolgende Beurteilung und Registrierung der Ferienentziehungen als „Rückgang der Leistungen“ einiges bemerken. Daß wir uns dabei nicht genierten, eine Ferienentziehung anzuführen, die von Prinzipalen vorgenommen wurde, die heute noch Verbandsmitglieder sind, beweist jedenfalls nur unsere Objektivität in dieser Frage und nichts anderes. Wir legen im allgemeinen keinen besonderen Wert auf irgend eine Organisationszugehörigkeit jener Prinzipale, deren Verhalten mit den Gehilfeninteressen in Konflikt gerät, am allerwenigsten in außerordentlichen Dingen. Nun haben wir schon verschiedene Male feststellen können, daß in einzelnen Bezirksvereinsversammlungen des Deutschen Buchdruckervereins oder bei Zusammenkünften des Vereins Deutscher Zeitungsvorleger Ausproben stattfanden und auch schon Beschlüsse gefaßt wurden, die eine im Sinne der Gehilfen weitere günstige Entwicklung der Ferienfrage zu hemmen versuchten und sie auch tatsächlich mancherorts nicht nur zum Stillstande gebracht, sondern wirklich rückwärts beeinflusst haben. Daß daran jedoch z. B. die Hauptleitung des Deutschen Buchdruckervereins unbeeinträchtigt ist, haben wir ebenfalls schon festgestellt, um irrtümlichen Vermutungen nach dieser Richtung den Boden zu entziehen. Und dieses Recht der Feststellung tatsächlicher Verhältnisse, die in irgend einer Weise die Gehilfeninteressen nachteilig beeinflussen, besonders wenn es sich um Fragen handelt, die ganz außerhalb der tariflichen Interessen liegen, kann uns jedenfalls in keiner Weise bestritten werden, wie auch wir es den Prinzipalen nicht verweigern, in ihrem Organ auszusprechen, daß sie es deplaciert finden, wenn wir Ferienentziehungen als „Rückgang der Leistungen“ bewerten. Das ist eben ihre gute Meinung, wie sie entgegengesetzt die unsrige ist. Ferienentziehungen sind eben für die Gehilfen „Rückgang der Leistungen“ und Ferienbewilligungen eine über den heutigen Tarif noch hinausgehende „Steigerung der Leistungen“, die eben beweist, daß es trotzallem nicht wenige Prinzipale gibt, die in den Minimalgrenzen des Tarifs so wenig der Weisheit letzten Schlus betrachten als die von solchen libertarischen Vergünstigungen profitierende Gehilfenschaft.

Auch ein Zeichen der Zeit. In unsern Fachangehörigen blättern mehren sich in letzter Zeit in auffälliger Weise die Anzeigen, in denen für verantwortungsvollere Posten, zu Leitern der Seherei, als Korrektoren usw. Seher gesucht werden. Wenn nun auch nicht zu verkennen ist, daß es einen erheblichen Fortschritt bedeutet und gleichzeitig eine Anerkennung der Leistungsfähigkeit der Gehilfenkräfte darstellt, wenn man einem Seher derartige verantwortungsvolle Posten überträgt, so mißt sich doch auch ein bitterer Vernunftstropfen in diese freundigen Gefühle. Denn nur allzu oft muß man die Wahrnehmung machen, daß solche Besuche nicht aus Anerkennung der Tüchtigkeit der Gehilfen erfolgen, sondern anderen, egoistischeren Gründen entspringen. Es ist zur Genüge be-

kannt, daß manche Prinzipale die den Korrektorenposten ihrer Druckerei einem Seher übertragen, der in seiner übrigen Zeit mit am Rasten ausschiffen muß, diese Stellung nicht so entlohn, wie es ihrer Verantwortlichkeit entspricht. Daß solch ein geplagter Seher nicht einen Augenblick zum Verschmaufen haben soll, sondern gleich, wenn einmal gerade die Korrektorspalten nicht haufenweise an seinem Plage liegen, auch sofort wieder die „Kelle“ in die Hand nehmen soll, ist eine recht eigne Sache, die sich mit dem zum Überdruß oft betonten Rückgang der Leistungen schlecht zusammenreimen läßt. Und daß der Leiter der Seherei ständig mitgehen soll und womöglich noch mehr arbeiten soll wie die übrigen Gehilfen, ist gerade auch keine hervorragende Anerkennung seiner Arbeit. Es wird natürlich niemand etwas dazugegen einzuwenden haben, wenn in einem kleineren Betriebe, der eines besonderen Leiters nicht bedarf und dessen Arbeit sich ohne weiteres überblicken läßt, der erste oder älteste Seher die Leitung neben seiner sonstigen Tätigkeit ausübt. Ebenfalls kann es einer solchen Druckerei nicht zugemutet werden, einen besonderen Korrektor anzustellen, wenn für einen solchen keine genügende Beschäftigung vorhanden ist. Aber es muß darauf gedrungen werden, daß nicht unter dem Deckmantel des „ersten Sehers“ oder „Abteilungsleiters“, und wie die sonstigen Bezeichnungen noch lauten mögen, die verantwortungsvollsten Obliegenheiten einem Gehilfen aufgebürdet werden, ohne daß eine entsprechende Vergütung hierfür erfolgt. Es ist deshalb gegenüber solchen Besuchen eine gewisse Vorsicht anzuraten, damit nicht der Seher, mit dem namentlich jüngere Kollegen sich einen Übergangsposten zu verschaffen suchen, dazu ausgenutzt wird, daß ihre Arbeitskraft in oft ganz ungebührlicher Weise in Anspruch genommen wird, ohne daß sie hierfür ein entsprechendes Äquivalent erhalten. Sie schaden sich dadurch selber am meisten. Eine Offerte dieser Art, die wir nachstehend abdrucken, mag diese Seite unserer heutigen gewerblichen Zustände noch etwas näher beleuchten: „Es wird bei uns zum 1. Oktober die erste Gehilfenfeste frei, welche wir mit einem tüchtigen Inspektoren, Altzügen und Tabellensetzer, der befähigt ist, nicht nur mit neuem, sondern auch mit dem vorhandenen älteren, nie ganz ausgenutzten Materiale zu arbeiten und etwas Schönes zu leisten, dabei Metteur unserer dreimal wöchentlichen Zeitung sein kann und dem Betrieb als aussichtsführende und Initiative ergreifende Kraft vorzusehen. Kenntnis in der Stereotypie erwünscht, ebenfalls die Berechtigung zur Anleitung von Lehrlingen. Lohn 28 M. Wir sehen Ihrer Bewerbung entgegen, wenn Sie in sich die Gewähr übernehmen können, den Posten zu versehen. Er ist dann dauernd und angenehmer. Hochachtungsvoll: Otto Ehlers Buchdruckerei in Westdorf (Sieg).“ Hier werden also für 28 M. Wochenlohn Leistungen verlangt, die einem Faktor in einem großen Betrieb alle Ehre machen würden. So spiegelt sich in manchen Köpfen unserer Prinzipale die Weisheit der Idee wider, daß der Gehilfe ihnen zu Ehren verpflichtet sei, seine ganze Kraft für das tarifliche Minimum einzusetzen! Solche Erwägungen beweisen, daß auf Prinzipalseite die „Rückhaltung der Leistungen“ nicht gerade eine Seltenheit ist.

Gehilfenprüfung. Bei der Herbstgehilfenprüfung im Handwerkskammerbezirk Neunkirchen erhielten drei Prüflinge das Prädikat „Gut“ und drei „Genügend“.

Druckereibrand. Vor einigen Tagen brach in der Gauglischen Buchdruckerei in Kirchheim u. T. in der Frühe in noch unaufgeklärter Weise Feuer aus, das einen Materialschaden von etlichen Tausend Mark verursachte.

Ein eigenartiges Belohnungsausschreiben. Das Wahlkomitee der Zentrumspartei für die dieser Tage in Mülheim a. Rh. stattgehabten Stadtratswahlen erließ in Nr. 526 der „Mülheimer Volkszeitung“ einen Aufruf, in welchem u. a. für die Erbringung des Wahrheitsbeweises, daß der Gutenbergschüler Heinrich Peters, ein Kandidat dieser Partei, schon ein Streikbrecher gewesen sei, 100 M. Belohnung zugesichert werden. Gleichzeitig wird aber auch in Nr. 257 der „Mülheimer Zeitung“ dem nämlichen Heinrich Peters in einer Erklärung gesagt, daß es ihm freistehende, den Redner einer sozialdemokratischen Versammlung, der das besondere Verhalten des genannten Peters beim seinerzeitigen Konflikt bei Reismann-Grone in Essen öffentlich brandmarkte, vor Gericht zu belangen, da er bereit sei, den Wahrheitsbeweis in jeder Form anzutreten. Es ist also Ausflucht vorhanden, daß dem Manne Peters geholfen wird, wenn er es nicht vorzieht, den besseren Teil der Tapferkeit zu wählen.

Unberechtigter Nachdruck. Wozu das Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und Tonkunst herhalten muß, bemies eklatant eine Gerichtsverhandlung, die dieser Tage in Düsseldorf stattfand. Ein dortiger Druckereibesitzer hatte zu einem Pferdebesitzer ein Programmhüchlein „Der Jodei“ herausgegeben, dessen Inhalt er größtenteils dem offiziellen Kennprogramm entnommen hatte. Der Druckereibesitzer wollte es, daß mehrere „Büde“ des offiziellen Kennprogramms auch in dem Konkurrenzprogramm sich fanden, wodurch die Sache dann an das Tageslicht kam. Auf Grund des obengenannten Gesetzes nun stellte der Vorstand des Leiters- und Kennvereins Strafantrag. Trotzdem ein Sachverständiger sich dahin aussprach, daß von einem Verstoß gegen das erwähnte Gesetz keine Rede sein könne, da sich in einem Kennprogramm doch unumöglich geistige Arbeit offenbare, verurteilte das Gericht den Beschuldigten zu einer Geldstrafe von 50 M.

Steuerung für die Linotype. Unter Nr. 528935, Klasse 15a, wurde dem Kollegen W. Möbiger, Dresden-

Plasewitz, eine Bürste zur Reinigung einzelner Kanäle des Magazins gefällig geschickt.

Deutsche Buchdruckmaschinen im Auslande. Zur Abwehr gegen in letzter Zeit in Frankreich hervortretende Geheerene einzelner französischer Blätter gegen deutsche Industrierzeugnisse stellte ein französischer Fabrikant kürzlich in der Wochenzeitung „Les Droits de l'Homme“ fest, wobei die französischen Zeitungen ihre Druckmaschinen bezogen haben und kam zu folgendem Resultat: „Exzellior“ bestellte, mit seinen französischen Rotationspressen nicht zufrieden, neue in England; der „Matin“ hat amerikanische Pressen und englische Altschneidmaschinen; der „Petit Parisien“, dessen Direktor der jetzige Handelsminister ist, stellt sein Papier auf amerikanischen Maschinen her und bestellte jüngst eine Rotationsmaschine bei der Augsburger Maschinenfabrik. Das nationalistische „Petit Journal“ erhielt gerade eine Trockenpresse, die angeblich aus der Schweiz stammen soll, in Wahrheit aber bei einem deutschen Agenten von der Maschinenfabrik Plauen bestellt wurde. Der „Figaro“ installiert zurzeit zwei Rotationspressen, die aus derselben Plauener Fabrik kommen. Der „Imparcial“ und „L'Est“, beides hochpatriotische Organe in Nancy, haben zwei deutsche Rotationsmaschinen. „L'Ouest-Eclair“ und „Courrier Breton“ in Rennes, wilde Kerikale und Chauvinisten, haben schon drei deutsche Rotationsmaschinen, und „L'Ouest-Eclair“ hat, sehr zufrieden, noch eine vierte und fünfte bestellt. Selbst „La Croix“, das ultramontane Hauptorgan, hat zwar französische Pressen, aber eine sehr mit Deutschland verwandte Anlage aus Winterthur. Die Kerikale „Dépêche Dauphinoise“ in Grenoble hat auch eine deutsche Rotationsmaschine bestellt. Das „Bulletin des Halles“, die große kaufmännische Zeitung, die in der Druckerei der Handelsbörsen hergestellt wird, und die Zeitung „Cours de la Banque et de la Bourse“ laufen über deutsche Pressen. Schließlich hat gar der nationalistische Gemeinrat, als er jüngst sein Projekt einer Stempelsteuer auf Prospekte zum Verteilen in den Straßen ausarbeitete, sich an einen in Paris etablierten deutschen Industriellen gewandt, der die Stempelmaschinen aus Deutschland kommen ließ. Da die Parlamente die Stempelsteuer der Stadtväter nicht billigten, warten die Maschinen jetzt auf eine andre Gelegenheit, sich nützlich zu machen.

Eine terroristische Zwangsinnung. Die Magdeburger Zwangsinnung der Barbier ist hartnäckig bemüht, den Ruf, daß sie sich auf das Terrorisieren versteht, zu befestigen. Erst kürzlich entließ sie einen Selbständigen kurzerhand aus seinem Amt als Fachschullehrer, und der Vorstand der Innungsstrafkassa nahm dem Manne den Posten als Kassierer, weil er aus Unlaß der Rohnbewegung der Freiseurgehilfen eine dem Innungsvorstand unbenqueme Bemerkung gemacht hatte. Mitte voriger Woche setzte der gleiche Innungsvorstand in einer außerordentlichen Generalversammlung der Innung den Beschluß durch, daß kein Mitglied bei einer Ordnungsstrafe von 10 M. pro Tag Einzelverträge mit dem Verband der Freiseurgehilfen oder Vertretern desselben mehr für sich noch in geschlossener Weise abschließen dürfe. Obwohl unzweifelhaft dieser Beschluß ungesetzlich ist, weil er gegen die guten Sitten und vor allem auch gegen § 153 der Gewerbeordnung verstößt, nahm doch die Lohnkommission der Gehilfen von einer Veröffentlichung der Geschäfte Abstand, deren Inhaber den Tarifvertrag anerkannt haben. Statt dessen erschien in der Zeitung eine von einer größeren Anzahl Meister unterzeichnete Erklärung, daß sie auf Grund des Innungsbeschlusses von einer Unterzeichnung des Tarifvertrags Abstand nehmen, aber die Forderungen der Gehilfen anerkennen. Die Lohnkommission beschloß, diese Erklärung als ausreichend zu betrachten, und hängte ihr eine entsprechende Mitteilung an, wobei sie noch ausdrücklich bekannt gab, daß auf den Abschluß von Verträgen verzichtet werde. Die Erklärung verstößt also auf keinen Fall gegen den Innungsbeschluss. Trotzdem hat jetzt der Innungsvorstand jedem Unterzeichner eine Strafverfügung über zunächst 20 M. zugestellt wegen Verstoßes gegen jenen Beschluss. Innerhalb drei Tagen soll Zahlung erfolgen, widrigenfalls zwangsweise Einziehung erfolgt. Wegen die Rechtmäßigkeit dieses Beschlusses sowohl als auch gegen die Strafverfügungen ist Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, dem Magistrat der Stadt Magdeburg, erhoben worden. Wenn Recht und Gesetz noch Geltung haben in deutschen Landen, dann muß diese Beschwerde zugunsten der Beschwerdeführer und gegen die skrupellosen Innungsterroren erliebt werden, die nicht davor zurückschrecken, ihren Kollegen den wirtschaftlichen Ruin anzudrohen, weil sie sich den Forderungen der Gehilfen verständiger gegenüberstellen.

Christliche Drogen für die „Christlichen“ in der Steuerungsfrage. Unre Leser werden sich noch der von uns mehrfach gekennzeichneten Bemühungen der „Christlichen“ Presse a la „Typograph“ erinnern, die seit Jahren zunehmende Fleischnot durch die Präse vom „Fleischnotnimmel“ abzuleugnen und die meisten der auf Bekämpfung der Steuerungs hinzuliebenden Bestrebungen lächerlich zu machen. Erst nach und nach sind die Herrschaften etwas vorsichtiger geworden und versprechen heute gar, sich für die dauernde Einfuhr von Gefrierfleisch ins Feuz zu legen. Früher bestritten sie auf das entschiedenste, daß das Gefrierfleisch wesentlich billiger sei. Aus dem Munde des Fachmanns Dr. Müller zitierten sie die Preise für Extraqualitäten, die im feinsten Viertel Londons erzielt wurden, unterschlugen aber, daß Dr. Müller einige Seiten vorher feststellte, daß die gewöhnlichen Preise bis auf 80 Pf. das Pfund heruntergehen. Dr. Martin Espahn, (Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 12. November 1912.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweiligen nächsten Nummer.

Nr. 131.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

der in der Windthorstzeitung „Das Zentrum“ die parteipolitische Stellung des Zentrums zur Fleischnot bespricht, bestätigt, daß die Preise für Gefrierfleisch sehr billig sind. Er führt aus: „Die Gefrierfleischfrage wird wohl ohne Zweifel den Reichstag nach seinem Zusammentritte noch eingehend beschäftigen, obwohl die Regierungen nicht von der sanitären Erleichterung der Einfuhr wissen wollen. Ihrem Urtheile steht das Gutachten der deutschen Schlachthofdirektoren entgegen. Sie sehen die sanitäre Vorsicht in ausreichender Weise gewahrt, wenn ein deutscher Tierarzt nach Argentinien entsendet wird und dort das nach Deutschland bestimmte Fleisch vor der Verladung untersucht. Dazu bedürfte es der Uebersetzung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes. Erfolgt sie nicht, so kommt Gefrierfleisch für den deutschen Markt nicht in Frage. Denn mit der bloßen Einfuhr von Hammeln ist diesem nicht gebient, da Hammelfleisch immer seltener in Deutschland verlangt wird. Ochsener aber der der Vorschrift nach in Hälften, ohne Ablösung der inneren Organe zu transportieren, ist zu umständlich und teuer. Vielleicht ist es gut, sich darüber rechtzeitig klar zu werden, daß die Gefrierfleischfrage gewiß ihre sehr wichtige sanitäre Seite hat, aber mindestens ebenso ihre finanzielle Seite die Stellungnahme der Beteiligten beeinflusst. Das Gefrierfleisch wird heute in England zur Hälfte, sogar zu einem Viertel des Preises abgegeben, der dort für frisches Fleisch bezahlt werden muß. Es würde bei uns kaum viel höher zu stehen kommen, sobald der hohe Zoll fällt und die Kosten der sanitären Vorschrift ermäßigt werden und solange nicht bedeutende Preisverschiebungen in Argentinien eintreten. Der Preisunterschied ist so groß, die Einfuhrmöglichkeit einstellen so unbegrenzt, daß selbstverständlich geprüft werden muß, ob unsre einheimische Viehzucht durch einen derartigen Wettbewerb schwerer geschädigt werden würde.“ Ganz kann Spahn natürlich die mühselige Agitation der Agrarier, die sich gegen die Fleischimporten richtet, nicht ignorieren; er ist aber nicht damit einverstanden, daß die Regierung dem Drängen nachgibt und feierlich versichert, daß an dem Fleischbeschaugesetz nicht gerüttelt werden dürfe, wofür denn die deutschen Landwirthe alles daran setzen sollen, für Verbilligung und Vermehrung des Viehstandes zu den Großmärkten zu sorgen. Spahn meint dazu: „Es sollten jedoch nicht ohne weiteres alle andern Gesichtspunkte, die zugunsten des Gefrierfleisches sprechen, außer acht gelassen werden. Mir scheint: Ehe die Bedingung angenommen wird, die der Vorstand des Landwirtschaftstages stellte, müßte erst Klarheit darüber geschaffen werden, was die Landwirtschaft zu leisten vermag und zu versprechen imstande ist. Bei aller Achtung vor den Taten der deutschen Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten und insbesondere davor, daß der Viehstand trotz aller Seuchen und Minderernte seit 1904 nicht merklich zurückgegangen ist, ist die Sachlage nicht so, daß, auf Seiten der Landwirtschaft alles geschehen wäre oder mit Sicherheit geschehen wird, was vonnöthen ist, und die Nachlässigkeit und Verwahrlosung oder Fehler nur auf Seite des Handels oder Gewerbes, des Staats und der Gemeinden zu finden sind. Aber selbst wenn wir in Zukunft noch auf eine höhere und vor allem regelmäßige Zufuhr aus dem Inlande rechnen dürfen, sollte man nicht einfach die Meinung derjenigen von der Hand weisen, die im Dienste der Volksernährung die Einführung des Gefrierfleisches als einer zweiten minderwertigen Klasse von Fleisch verlangen, die von den weniger Bemittelten im Wechsel mit frischem Fleisch verbraucht werden könnte.“ Spahns Ausführungen sind getragen von dem Bestreben, das Zentrum in der Frage der Fleischversorgung vorwärts zu treiben. Daß ihm das in nennenswertem Umfange nicht gelingt, dafür werden sicherlich die Zentrumsagrarien sorgen.

Verschiedene Eingänge.

„Victoria“, Technische Mitteilungen aus dem graphischen Gewerbe. Herausgegeben von Rodtbrod & Schneider in Dresden-Heidenau. Heft 5. 1912.

Briefkasten.

U. St. in F.: Wird ungekürzt gebracht. Gruß! — R. A. in D.: Darüber muß das Tarifschiedsgericht entscheiden. Die Kündigung durfte natürlich nur am Zahlungstag ausgesprochen werden. — G. J. in V.: Also besten Dank für Ihre Freundlichkeit. — G. Sch. in M.: In einer der folgenden Nummern. — D. D. in Ch.: Desgleichen. — F. G. in W.: 1. Ihren Wunsch, die über gewisse Qualitäten der Wandler gemachten Mitteilungen noch zu verwenden, werden wir nach Möglichkeit erfüllen. 2. Jenes Statut könnten Sie uns vielleicht gelegentlich übersenden, allerdings würde die Retournierung aus bestimmten Gründen sich verweigern. 3. Die Kanonengießereien „Mitteilungen“ sind uns leihweise überlassen. Wollen

Sie uns damit ein Vermächtnis machen? Diese Erbschaft würden wir natürlich gern annehmen. Fredl. Gruß! — C. M. in N.: Wenn der „Typ.“-Redakteur als Zentrumsmitglied einen Vortrag im Zentrumsvereine Neutölln hält, so geht das niemand etwas an. Umgekehrt würde Treffer allerdings aus einem Vortrag eines Redakteurs des „Korr.“ in einem sozialdemokratischen Vereine den Verband wieder dreimal als sozialdemokratisch unterstreichen. Bei einem Anhang, wie ihn Treffer hat, kommt es ja nicht auf die Durchschlagkraft der Gründe und die Logik an, sondern Scham schlagen ist Trumpf. — Nach Fulda: Die Resolution ist ja im Bericht inhaltlich wiedergegeben, das genügt wohl. Für uns ist diese Verurteilung des Gutenbergsbundes und seiner Praktiken allerdings recht bemerkenswert, weil sie ein ehemaliges Mitglied des Gutenbergsbundes verfaßt hat, wie es überhaupt Bedeutung verdient, daß alle Versuche, in Fulda sein „seiner Ortsverein“ zu etablieren, fehlschlagen. Unse Anerkennung den Fulbaer Kollegen! — F. Sch. in N.: 2 M.

Wer an den „Korr.“ etwas zu berichten oder beim „Korr.“ etwas anfragen hat, muß unter allen Umständen folgendes beachten: 1. Manuskriptpapier nicht auf beiden Seiten beschreiben; 2. Keine Blei- und auch keine Zintenschrift verwenden; 3. Nicht zu eng schreiben, damit redaktionelle Änderungen oder stilistische Verbesserungen vorgenommen werden können; 4. Durch Korrekturen, Änderungen oder Zusammenstreichungen nicht das Manuskript völlig unlesbar machen; 5. Namen und Ziffern recht deutlich schreiben; 6. Berichte vom Vorsitzenden genehmigen lassen und Mitteln eines Mitglieds über die Mitgliedschaft zum Verbandsmitglied; 7. Einreichungsfrist für Berichte eine Woche nach Statistiken der betreffenden Veranstaltung; 8. Nichts frankieren, da sonst Unannehme bemerkt werden muß und durch Mittheilung dann unangenehme Verfolgung der Aufnahme eintritt; 9. Die Sperrung von Druckereien infolge entstandener Differenzen erfolgt nur durch besondere Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Mittheilungen über den Ausbruch von Krankheiten sind daher nicht an die Redaktion zu senden, sondern nur an lokale Adressen zu richten. Im „Korr.“ kann erst nach vorausgehender Bekanntgabe durch den Verbandsvorstand eine nähere Schilderung der Differenzen erfolgen; 10. Anfragen an den „Korr.“ dürfen nicht Auslegungen des Verbandsstatus oder des Tarifs zum Gegenstand haben, auch dürfen sie sich nicht auf Dinge beziehen, die völlig außerhalb des Gewerbes und Verbands liegen, denn der „Korr.“ ist kein allgemeines Anzeigenblatt. Schriftliche Antworten werden überaus nicht zeitlich, auch nicht an die Redaktion, sondern nur an lokale Adressen zu richten. Redaktions- und Anzeigenchluss: für die Dienstagnummer am Sonnabend früh, die Donnerstagsnummer am Dienstag früh und die Sonnabendnummer am Donnerstag früh.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepark 5 II.
Sprechsprecher: Amt Kurfürst Nr. 119L.

Krefeld. Der Stereotypen Heinrich Karl Braß aus Krefeld, geb. 1881, wolle seine Adresse umgehend an Jakob Erkelenz, Elisabethstraße 27, senden zwecks Zustellung einer Mitteilung.

Der Drucker Jof. Großer aus Kempen, zuletzt bei der Firma „Platt & Co.“ in Krefeld in Stellung, wolle seine Adresse zwecks Zustellung einer Schiedsgerichtsfrage an Jakob Erkelenz, Elisabethstraße 27, senden.

Magdeburg. Der Schweizerdegen Hugo Hemmeling aus Helmstedt (Hauptbuchnummer 92058) wird hiermit aufgefordert, sofort seine zwei Reste nach hier zu begleichen, widrigenfalls Ausschluß erfolgt.

Stettin. Der Seher Ferdinand Wahle aus Braunschweig wird hiermit aufgefordert, seine vier restierenden Beiträge an den Kassierer W. Sanger, Stettin-Grünhof, Neue Straße 5a III, innerhalb 14 Tagen einzuführen, widrigenfalls Ausschluß erfolgt. Die Herren Funktionäre werden gebeten, W. hierauf aufmerksam zu machen.

Adressenveränderungen.

Oberstein-Idar. Vorsitzender: Karl Rudolph, Oberstein, Hauptstraße 275; Kassierer: Wilhelm Jansen, Idar, Bismarckstraße 8.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Wardenholme der Seher Bernhard Steingraber, geb. in Mylau i. B. 1893, ausgel. das. 1912; war noch nicht Mitglied. — In Sonderburg der Seher Friedrich Eggert, geb. in Sonderburg 1894, ausgel. in Lunden 1912; war noch nicht Mitglied. — Martin Wittler in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

In Delmenhorst der Drucker Paul Dunkel, geb. in Greifswald 1877, ausgel. das. 1895; war schon Mitglied. — J. Roth in Oldenburg, Woldstraße 16.

In Neubrandenburg der Seher Anton Kirsch, geb. in Walschbrunn 1892, ausgel. in Obergünningen (Wotr.) 1910; war noch nicht Mitglied. — R. Dorn in Schwerin i. M., Eisenbahnstraße 12 II.

In Wien der Seher Karl Grünwald, geb. in Nürnberg 1866, ausgel. in München 1885; war schon Mitglied. — Franz Ragler in Wien VII/1, Seibengasse 17.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Bericht über den September 1912. a) Auf der Reise: übernommen vom vorhergehenden Monate 920 Mitglieder, aus Kondition kamen 115, aus gegenseitigen Vereinen 372 (294 Verbands- und 78 gegen. Mitglieder, und zwar aus Belgien 8 Verb.- und 2 gegen. Mitgl., aus Dänemark 30 Verb.- und 10 gegen. Mitgl., aus Frankreich 2 gegen. Mitgl., aus Holland 1 gegen. Mitgl., aus Norwegen 4 Verb.-Mitgl., aus Österreich 216 Verb.- und 52 gegen. Mitgl., aus der Schweiz 36 Verb.- und 11 gegen. Mitgl.), aus Konditionslosen Aufenthalte kamen 145, frank waren 28, aus der Gast entlassen 1, vom Militär 4, zusammen 1555 Mitglieder (1437 Verb.- und 148 gegen. Mitglieder, hierunter 1 Bosnier, 12 Dänen, 3 Franzosen, 5 Kroaten, 3 Norweger, 81 Österreicher, 2 Serben, 15 Schweizer und 26 Ungarn). Von diesen auf der Reise befindlichen 1555 Mitgliedern hatten vorher geleistet: 110 6—12 Beiträge, 315 13—49 Beitr., 262 50—74 Beitr., 155 75—99 Beitr., 258 100—149 Beitr., 440 150—499 Beiträge, 31 500—749 Beitr. und 14 Mitglieder 750 und mehr Beiträge. Es traten wieder in Kondition 412 Mitglieder, gingen am Schlusse des Monats in das Gebiet gegenseitiger Vereine 188 (118 Verb.- und 70 gegen. Mitgl., nach Dänemark 19 Verb.- und 7 gegen. Mitgl., nach Frankreich 3 Verb.- und 1 gegen. Mitgl., nach Holland 6 Verb.- und 2 gegen. Mitgl., nach Österreich 83 Verb.- und 55 gegen. Mitgl., nach der Schweiz 7 Verb.- und 4 gegen. Mitgl.), bei Schluß des Monats verblieben konditionslos am Orte 409, frank wurden 15, ausgesteuert 1, zum Militär einberufen 1, ausgeschloffen 1, nach Amerika helbten sich ab 2, auf der Reise verblieben 556, zusammen 1585 Mitglieder, und zwar 1310 Seher, 261 Drucker, 3 Gießer, 4 Stereotypen, 6 Galvanoplastiker und 1 Stempelsteiner. Außerdem waren nach den Angaben der Reiseleiterverwalter 16 Nichtbezugsberechtigigte (darunter 2 Dr. und 1 Gießer) und 16 Ausgesteuerte (darunter 2 Dr.) auf der Reise. Es wurden vorausgeb.: in 768 Mitglieder für 12765 Reisetage (grüne Leg.) à 1. M. = 12765 M., an 817 Mitglieder für 12424 Reisetage (weiße Leg.) à 1,50 M. = 18636 M., an Porto 20,10 M., an Remuneration 523,20 M., in Summa 31944,30 M., hiervon 29234,80 M. an Verbands- und 2709,50 M. an gegenseitige Mitglieder, und zwar: 27 M. an Bosnier, 267 M. an Dänen, 34 M. an Franzosen, 50 M. an Kroaten, 21,50 M. an Norweger, 1444,50 M. an Österreicher, 35 M. an Serben, 278,50 M. an Schweizer und 552 M. an Ungarn. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahres wurde Reiseunterstützung gezahlt:

1912 an 1585 Mitgl. 25189 Tage = 31944,30 M.
1911 „ 1424 „ 23676 „ = 29854,80 M.

mehr 1912 an 161 Mitgl. 1513 Tage = 2089,50 M.

b) Am Ort: übernommen vom vorhergehenden Monate 2270 Mitglieder, neu hinzugetommen 2534, zusammen 4804 Mitglieder; hiervon waren berechtigt 1302 Mitglieder bis zu 70 Tagen, 2901 Mitglieder bis zu 140 Tagen, 332 Mitglieder bis zu 210 Tagen und 269 Mitglieder bis zu 280 Tagen. Es traten wieder in Kondition 2011 Mitglieder, gingen auf der Reise 139, wurden krank 16, ausgesteuert 178 (wovon 96 mit 70 Tagen, 81 mit 140 Tagen und 1 mit 210 Unterstühtungstagen), zu einem andern Berufe gingen 3, zum Militär einberufen 8, ins Ausland 3, in Bezuge der Unterstützung verblieben am Schlusse des Monats 2446 Mitglieder, zusammen 4804 Mitglieder, und zwar 3901 Seher, 773 Drucker, 88 Gießer, 29 Stereotypen, 11 Galvanoplastiker und 2 Korrekturen. — Diese 4804 Mitglieder verteilen sich auf die einzelnen Gaue wie folgt: Bayern 326 (darunter München 147, Nürnberg 54, Würzburg 20, Regensburg 16), Berlin 1220, Dresden 204 (darunter Stadt Dresden 173), Elfaß-Lothringen 59 (darunter Straßburg 37, Metz 13), Erzgebirge-Bagland 102 (darunter Chemnitz 38), Frankfurt-Hessen 172 (darunter Frankfurt a. M. 118, Kassel 28), Gamburg-Altona 268, Hannover 169 (darunter Stadt Hannover 98, Braunschweig 29), Leipzig 329, Mecklenburg-Vorpommern 46 (darunter Rügen 13), Mittelrhein 180 (darunter Mainz 33, Darmstadt 26, Saarbrücken 22, Wiesbaden 21, Heidelberg und Mannheim je 16, Ludwigshafen 13, Kaiserslautern 12), Nordwest 77 (darunter Bremen 48, Dberheim 81 (darunter Karlsruhe 34, Freiburg 25), Obergau 175 (darunter Potsdam 44, Stettin 32, Frankfurt a. O. 14), Osterranb.-Thüringen 107 (darunter Weimar 17, Erfurt 15, Raumburg 14, Gera 13), Ostpreußen 86 (darunter Königsberg 19), Posen 41 (darunter Stadt Posen 30), Rheinland-Lothringen 463 (darunter Düsseldorf 66, Köln 64, Bielefeld und Essen je 33, Aachen 28, Krefeld 23, Warden und Elberfeld je 22, Koblenz 17, Woburn und Dortmund je 13), An der Saale 265 (darunter Magdeburg 60, Halle a. S. 54, Dessau 19, Burg l. Magdeburg 18,

Halberstadt 12), Schleffen 206 (darunter Breslau 86, Bückeburg 15, Biegnitz 13, Beuthen 12), Schleswig-Holstein 71 (darunter Kiel 36), Westpreußen 36 (darunter Danzig 21), Württemberg 171 (darunter Stuttgart 130). Es wurden vorausgibt: In 1302 Mitglieder für 17469 Tage à 1,50 Mk. = 26203,50 Mk. und an 3502 Mitglieder für 58196 Tage à 1,75 Mk. = 101843 Mk., in Summa 128046,50 Mk. — Im Verhältnisse zu demselben Monate des Vorjahrs wurde Ortsunterstützung gezahlt:

1912 an 4804 Mitgl. 75665 Tage = 128046,50 Mk.
1911 " 4604 " 74654 " = 126325,25 "

mehr 1912 an 200 Mitgl. 1011 Tage = 1721,25 Mk. Die Ausgabe von 128046,50 Mk. verteilt sich auf die einzelnen Gaue wie folgt: Bayern 8928,75 Mk., Berlin 34868 Mk., Dresden 4753,50 Mk., Elsaß-Lothringen 1766,25 Mk., Erzgebirge-Vogtland 2530,25 Mk., Frankfurt-Hessen 4393 Mk., Hamburg-Altona 8494,75 Mk., Hannover 4243,25 Mk., Leipzig 6917 Mk., Mecklenburg-Vorpommern 1111,25 Mk., Mittelrhein 4767 Mk., Nordwest 1776 Mk., Oberrhein 2147,25 Mk., Ober 4322,25 Mk., Ostland-Thüringen 2379,75 Mk., Ostpreußen 1133,50 Mk., Posen 1112 Mk., Rheinland-Westfalen 12425 Mk., An der Saale 7160,25 Mk., Schleffen 5513,75 Mk., Schleswig-Holstein 2242,25 Mk., Westpreußen 832,25 Mk. und Württemberg 4229,25 Mk.

Insgesamt wurden auf der Reise und am Ort im Monate September

1912 an 6389 Mitgl. 100854 Tage = 159990,80 Mk.
1911 " 6028 " 98330 " = 156180,05 "

mehr 1912 an 361 Mitgl. 2524 Tage = 3810,75 Mk. ausgezahlt. Nach der Anzahl der Tage (100854) sind daher 3362 Mitglieder (gegen 3278 Mitglieder im Vorjahre) den ganzen Monat September hindurch im Bezuge von Arbeitslohnunterstützung gewesen.

Gesamtausgabe im zweiten Quartale (Juli bis September):

1912: 528718,50 Mk. für 336345 Tage
1911: 434577,50 " " 277117 "

mehr 1912: 94141,- Mk. für 59228 Tage (ohne die mit der Quartalsabrechnung eventuell noch eingehenden Nachträge).

Verfallungskalender.

Silesien. Außerordentliche Korrekturenversammlung Sonntag, den 16. November, abends 8 Uhr, bei Hofmeier, Ritterstraße 45.
Grünau. Versammlung Sonnabend, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Jägerhof“.
Kiel. Versammlung heute Dienstag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
München. Maschinenfabrikerversammlung Sonntag, den 17. November, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Postgarten“, Frei- brüdenstraße 8.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.
Briefadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs.

Neuer Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1912.

(Die nachstehenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung ein begründetes Protest gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

I. Kreis.

Hannover: Hemme, Heinrich.
Schötmar i. R.: Dröge, Fritz.
Wittingen: Neef, Karl.

II. Kreis.

Herne: Vonhager, Johannes.
Köln: Krutenau, Alfred.
Neuwied: Reuter, Paul.
Niederort: Oberbergische Geschäftsbücherei Hof & Schulze, G. m. b. H. (Karl Hof und Max Schulze).
Siegburg: Steiniger, Oskar.

IV. Kreis.

Säckingen: Buchdruckerei Gustav Mehr.

V. Kreis.

Roßmoor: Wagner, Bernhard.
Nürnberg: Feilschmann, Hans (Mischel- und Metallreliefabrik).
Luzing: Sporsfel, Christian.

VI. Kreis.

Erfurt: Hoffmann, Herm.

VII. Kreis.

Annaberg (Erzgeb.): Koch, Ernst.
Leipzig: Hellriegel, Johannes.

VIII. Kreis.

Berlin: Dehle, Wilfried, G. m. b. H.; Mengel, Hermann.
Berlin-Wilhelmsruh: Schönherr, Max.

IX. Kreis.

Lauban: Schmed, Walter.

X. Kreis.

Hamburg: Gaida, Peter.
Kiel: Hohmann, Adolf.

XI. Kreis.

Neu-Trebbin (Oderbruch): „Neu-Trebbiner Zeitung“ (Max Hennings).

XII. Kreis.

Königsberg i. Pr.: Buchdruckerei G. Rahau (früher D. Rahau Erben).

Folgende Gehilfen gehören der Tarifgemeinschaft als Mitglieder nicht mehr an:

Geyer: Joseph Fölzer und Ernest Keller in Mülhausen i. E., Charles Köhler in Straßburg i. E., Charles Reihle in Marlich i. E.; Druder: Alfons Schwob und Albert Bonau in Mülhausen i. E.

Bekanntmachungen.

Der Maschinenmeister Joseph Bach von Weilheim, zuletzt in Landshut, wird aufgefordert, seine Adresse dem Gehilfenvorstand des Tarifschiedsgerichts Regensburg, Joseph Fölzer, Herrenplatz 2a, bekanntzugeben, da eine Klage beim dortigen Schiedsgerichte gegen ihn vorliegt.

Arbeitsnachweise betreffend.

Saarbrücken. Der Arbeitsnachweis befindet sich Saarbrücken 1, Am Bahnen 13a. Verwalter: Franz Hartmann.

Berlin, 1. November 1912.

Franz Franke, B. G. Giesede, Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender, Paul Schliebs, Geschäftsführer.

86 Beste Deutscher Buch- und Steinbrucker vom Okt. 1908 bis Sept. 1911, gutsch., zu vert. — Preis: „Die Linotype“ zu fast ggl. Preis: off. u. „Z. 39“ Hauptverlag Dresden. [312]

Zucht kaufm. geb. Sachmann, der mindestens 10000 Mk. einlegen kann, sofort von Drucker mit Zeitung zur Leitung des Gesamtgeschäfts gesucht. Vorz. Siderheit. Höher. Klein. ertrag. Offerten unter J. M. 12489 befördert Rudolf Wolff, Berlin SW. [346]

Linotypeleber

der auch tüchtiger Insetzsetzer sein muß, für dauernd gesucht. „Wolbader Zeitung“, Wolbada. [347]

Tüchtigen Sieber

für amerikanische Hochstegelmachmaschine sucht [314] Schriftsetzerei Blinck, Frankfurt a. M.

Galvanoplastiker

perst im Nichten und Fertigmachen, per sofort gesucht. Gehaltsanprüche angeben. Schönowitz & Pflüger, Dresden, H. Brunnauer Straße 27. [339]

Tüchtiger Agent

für angesehenen Feuerversicherungs-Gesellschaft unter günstigen Bedingungen gesucht für die Städte Offenau, Erfurt, Zülz, Weiningen, Naumburg a. S., Weiskens, Merzbach und Bitterfeld. Geh. Offerten unter A. E. 2178 an Rudolf Wolff, Erfurt, erbeilen. [345]

Schriftschneidervereinigung Leipzig

Donnerstag, den 14. November, abends 8 Uhr, im „Johannistal“.

Verfallung.

Tagesordnung: I. Geschäftliche Mitteilungen, 2. Vortrag über „Sittliche Fragen im gewerblichen Leben“, 3. Situationsbericht, 4. Verschiedenes. Zahlreichen und pünktlichen Besuch erwartet. Der Vorstand. [340]

Neujahrskarte

veranstaltet die T. V. B. für alle, die sich beteiligen wollen, einen idealen Wettbewerb. Der Text kann beliebig gefasst werden, muss aber aus praktischen Gründen die Adresse des Vorsitzenden enthalten. Die Einsendungen müssen ohne Ersehen des Abenders (Name in besonderem Umschlag) bis 1. Dezember in unsere Hände sein. [311]

Typographische Vereinigung Berlin. P. Wulffhorst, Neukölln, Innstraße 46.

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-druck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung, Prospekte frei. Kunstgewerbeschule Barmen

Lassen Sie sich diesen Apparat sofort kommen!

Der beste Ersatz für Oper, Theater, Varieté Konzert. — Nur erste Künstler!



Sie brauchen kein Geld dazu
Wir senden denselben kostenlos

5 Tage zur Probe nebst 20 ausgewählten Stücken auf 10 doppelseitigen 29 cm großen Pathé-Platten. — Haben Sie schon einmal Pathé-Platten gehört? — Sie hören, da sie im Gegensatz zu den veralteten Nadelplatten noch nach Jahren ebenso schön und rein erklingen, als beim ersten Spiel. — — — Unser trichterloser Apparat ist **das Neueste vom Neuen** und nicht zu vergleichen mit den allgemein auf den Markt kommenden Typen. — Jeder Apparat ist mit der neuen großen Pathé-Konzert-Schalldose versehen, die allein überall mit 20 Mark verkauft wird. Behalten Sie den Apparat, so haben Sie an uns monatlich nur 3 Mk., also täglich nur 10 Pfg. zu zahlen. **Die Lieferung erfolgt sofort!**

Spielt ohne Nadelwechsel mit einem fast unzerstörbaren Saphirstift. **Keine Plattenabnutzung mehr!**

Wir kaufen Ihren alten Sprech-Apparat zurück, auch wenn er nicht von uns bezogen ist, falls Sie unzertrüchert. Apparat behalten u. vergüten Ihnen auf Ihrem Konto **20 Mark** laut nebenstehendem Schein. Auf Verlangen liefern wir Ihnen noch eine zweite Schalldose, mit der Sie auch Ihre alten Platten auf unserem Apparat weiter spielen können.

Unser Apparat ohne Trichter hat ein hochfines poliertes Elchengehäuse, geräuschlos arbeitenden Motor, seitlichen Aufzug, sowie Reguliervorrichtung. Plattenhalter 28 cm Dm.

Bial & Freund
Breslau II, Postfach 388/317

Senden Sie uns diesen Schein noch heute ein!

An die Firma Bial & Freund in Breslau II, Postfach 388/317
Senden Sie mir einen allernuesten Luxus-Sprechapparat ohne Trichter mit echter Pathé-Konzert-Schalldose, sowie 20 ausgewählte Stücke auf 10 doppelseitigen, 29 cm großen Pathé-Platten. Wenn ich die 20 großen Pathé-Platten, 5 Tage zur Probe, d.ung nicht innerhalb 5 Tagen nach Empfang an Sie franko zurückschicke, behalte ich sie und zahle unter Anerkennung Ihres Eigentumsrechtes bis zum Ausgleich für den Apparat mit der Pathé-Konzert-Schalldose Mark 60.— und für die 10 Pathé-Doppelplatten à Mark 3.30 in **Mark 3.—** vom Ablauf der Probezeit dem monatlichen Raten von **Mark 3.—** ginnend. Erfüllungsort ist Breslau.

Bei Nichtzutreffen Für meinen alten Sprechapparat vergüten Sie mir auf meinem Konto, falls ich ihn innerhalb 5 Tagen nach Erhalt ihrer Sendung franko abhabe absetzen zu schicke, nach Empfang Mark 20.—. Dieser Betrag wird erst am streichen. **Schluss meiner Zahlungen verrechnet.**

Vor- und Zuname: _____
Beruf: _____ Ort u. Datum: _____
• Straße • Platz • Nr. _____

H. MATHAEUS
DESSAU
Flössergasse 46
Katalog gratis u. fr.

Mich. Härtels Bücherverand
(S. Siegl), München 50 7, Poststraße 7.
Sachliteratur, Werte, Musikalien u. Theaterstücke.
Katalog un berechnet und frei.
Der stille Zellhaber. Lustspiel aus dem Buch-druckerleben. Von F. Schnitzendöbel. Un-lüster exemplar 50 Pf.
Moderne Vorlagen für Zoniplattenschnitt. Seit 1 bis 6 à 1 Mk.

Richard Lierke
aus Polnisch-Peterwitz, im 55. Lebens-jahre. [344]
Ein dauerndes ehrendes Andenken ist ihm bei uns gewahrt. Ortsverein Breslau.

Nach längerem Kehlkopfleidens starb am 6. November unser lieber Kollege, der Setzer **Michael Atzenhofer** im Alter von 81 1/2 Jahren. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. [338]
Der Ortsverein Regensburg.

Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe v. A. V. Lind, Mitgl. der Meisterprüfungscomm. in München 2 SO. 2. Auflage. 200 Mk. auf Post-scheckkonto 910 oder Nachnahme. [125]